

Rede von Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld
zur Einbringung des Etats 2015
am Donnerstag, 25. September 2014, 16 Uhr,
Ratssaal

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

zwei Dinge sind mir im Zusammenhang mit den Haushaltsplanberatungen des Jahres 2013 besonders eindringlich im Gedächtnis geblieben:

Zum einen forderte ein Stadtverordneter zu Beginn des TOP „Einbringung des HH-Plan-Entwurfs“, die Oberbürgermeisterin und der Stadtkämmerer sollten ihre Reden doch gar nicht erst halten, sondern lieber gleich zu Protokoll geben. Was Uwe Bonan und ich natürlich nicht getan haben.

Dazu passte dann zum anderen in der Dezember-Ratssitzung bei der Verabschiedung des Haushaltes, dass in den Reden der Fraktionsvorsitzenden von mehreren Rednern zu hören war, die Verwaltung erzähle seit Jahren dasselbe.

Wie Sie sich denken können, liebe Kollegen und Kolleginnen, erinnere ich an Beides heute nicht ohne Grund, sondern weil sich daran etwas „ablesen“ lässt. Scheinbar ist es inzwischen schon so weit, dass die

Beschreibung der Haushaltssituation und die daraus hergeleiteten Handlungsappelle von der Politik allenfalls als lästiges Ritual empfunden werden.

Dies gipfelte 2013 darin, dass – wie erwähnt - zumindest ein Stadtverordneter erst gar nicht hören wollte, was Uwe Bonan und ich zur Haushaltskonsolidierung ausführen wollten. Möglicherweise liegt der Grund dafür ja darin, dass er einer Fraktion angehört, die seit langem keinem Haushalt mehr zugestimmt hat – er also auch gar keine Gestaltungsverantwortung übernehmen wollte. Das macht es aber wahrlich nicht besser

Ja, liebe Kollegen und Kolleginnen, es trifft zu, dass ich seit Jahren, mindestens seit 2010, bei der HH-Plan-Einbringung ähnliche Sätze und ähnliche Appelle an Sie formuliere und dabei die drängende Handlungs- und Entscheidungsnotwendigkeit mit immer wieder anderen Beispielen belege:

Lediglich die Neuen im Rat können Überraschung für sich geltend machen, aber – wie ich finde – auch nur bedingt, denn schon allein die Mülheimer Presse hat es an Deutlichkeit in der Berichterstattung zum städtische Haushalt seit Jahren nicht fehlen lassen.

Soviel vorweg für 2014.

Dieses Jahr ist nun in der Tat alles anders. Irgendwie ein bisschen wie bei Friedrich Dürrenmatt:

Eine Geschichte hat erst dann ihren Höhepunkt erreicht, wenn sie ihre schlimmstmögliche Wendung genommen hat!

Der Höhepunkt, die schlimmstmögliche Wendung, ist in den Zeitungen mit dem Begriff „Offenbarungseid“ belegt worden.

Das kann man so sehen, liebe Kollegen und Kolleginnen – muss man aber nicht.

Denn nichts ist ja bekanntlich alternativlos – egal, wie oft diese Behauptung auch benutzt wird, um irgendwelche Handlungen zu rechtfertigen oder um bestimmte Vorgehensweisen zu erzwingen.

Ich werde jedenfalls 2014 nicht noch einmal in einer erneuten Variante Appelle an Sie richten. Dafür haben wir nämlich keine Zeit mehr.

Vielmehr fordere ich Sie 2014 als Oberbürgermeisterin aller Mülheimer Bürger und Bürgerinnen auf, endlich, und zwar entschlossen, Ihrer Handlungs- und Gestaltungs-

verantwortung nachzukommen und Entscheidungen zu treffen, mit denen die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt gesichert werden kann.

Und ich fordere das nicht von Ihnen, ohne Ihnen Beispiele, also Alternativen zu nennen. Denn auch das gehört im Sinne von Wahrheit und Klarheit dazu.

1. Treffen Sie endlich eine Entscheidung für den ÖPNV in Mülheim, die den Namen „Defizitabbau“ auch verdient.
2. Räumen Sie ideologisch bedingte Investitionshemmnisse aus dem Weg. Zum Beispiel für das Interkommunale Gewerbegebiet am Flughafen, wo seit Jahren die Ansiedlung von Unternehmen, die die Steuerkraft der Stadt verbessern würden, verhindert wird. Es lagen und liegen dazu aktuell 3 Anfragen vor.
3. Gehen Sie die Bereitstellung von Gewerbeflächen zur Ansiedlung neuer oder zur Bestandssicherung in Mülheim ansässiger Unternehmen endlich offensiv an. Erteilen Sie der M & B GmbH nicht nur immer wieder dieselben Aufträge, solche Flächen zu identifizieren.
4. Stellen Sie sich der Tatsache, dass durch Ihre Entscheidungen oder Nicht-Entscheidungen eine

Vielzahl von Arbeitsplätzen geschaffen oder verhindert werden.

Unsere Wirtschaftsförderung konnte im vergangenen Jahr nur einem Bruchteil der anfragenden Investoren und ansiedlungsinteressierten Unternehmen ein konkretes Standortangebot machen.

Mülheim an der Ruhr ist gemäß den Zahlen der IHK und von IT.NRW die Stadt in NRW, in der die Zahl der Industriebeschäftigten seit dem Jahr 2000 am stärksten gestiegen ist. Ich fordere Sie auf, diesen Vorteil aktiv auszubauen.

5. Bekräftigen Sie nicht nur den Tatbestand, dass Mülheim ein begehrter Wohnstandort sei, sondern weisen Sie entsprechende Baupotenziale für unterschiedliche Zielgruppen aus, damit wir den Bevölkerungsrückgang aufhalten und wichtige Bevölkerungsgruppen in der Stadt halten können. Z.B. IT-Mitarbeiter für ALDI, Wissenschaftler für das MPI CEC, Mitarbeiter der HRW und Hochschulabsolventen.

Unsere Stadt hat nach Experteneinschätzung sehr gute Chancen, als familienfreundlichste Stadt im Ruhrgebiet zu wachsen und ich bin mit den Arbeitgeberverbänden, Kirchen, Gewerkschaften und Sozialverbänden aus

dem Bündnis für Familien auch fest entschlossen, dieses Ziel zu erreichen. Unterstützen Sie mich dabei.

6. Verbessern Sie die Einnahmesituation der Stadt dauerhaft und verlässlich und sichern Sie die Kommunale Daseinsfürsorge auch für zukünftige Generationen, indem Sie die Grundsteuer B schrittweise anheben. Denn diese Steuer ist dafür gemacht, damit Städte und Gemeinden die Leistungen für ihre Bürger und Bürgerinnen finanzieren können. Übrigens: Steuern den Kosten für erwartete bzw. zu erbringende Leistungen anzupassen, ist keine Tat politischer Wegelagerei, sondern die Umsetzung geltender Gesetze und entspricht dem Geist unserer Verfassung.

Sehr geehrte Stadtverordnete,

es werden sich im Verlauf der HH-Plan-Beratungen sicher noch mehr Alternativen als die sechs von mir gerade benannten zeigen. Nutzen Sie diese beherzt. Denn Sie haben keine Zeit mehr zu verlieren.

Ja, und für alle Alternativen müssen Sie Abwägungen vornehmen und sich Konflikten aussetzen.

Das allerdings ist 2014 auch unausweichlich geworden – aus den eingangs genannten Gründen.

Lassen Sie mich die Frage, warum Sie jetzt handeln müssen und notwendigen Entscheidungen nicht länger ausweichen dürfen, noch einmal von einer ganz anderen Seite her stellen – ganz losgelöst von allen finanzwirtschaftlichen und konsolidierungstechnischen Erfordernissen.

Warum muss die Wiedererlangung der kommunalen Handlungsfähigkeit das oberste Ziel unseres Handelns sein? Nicht allein, weil wir qualitätsvolle Leistungen der Daseinsvorsorge wie Bildung, Gesundheit, Ver- und Entsorgung, Wohnen, Kultur, Verkehrsinfrastruktur.... in unseren Städten bereitstellen müssen.

Sondern auch deshalb, weil Städte in den Augen, im Bewusstsein und in den Herzen ihrer Bewohner und Bewohnerinnen mehr sind als eine Ansammlung von Gebäuden, Geschäften und Verkehrswegen.

Städte sind gewollt als Orte der Zugehörigkeit, der Identifikation, sie sind Heimat für die Menschen, die in ihnen leben.

Solche positiven Zugehörigkeitsgefühle entstehen aus den Unverwechselbarkeiten einer Stadt, durch ihre

Alleinstellungsmerkmale, Einmaligkeiten, die die Städte von einander unterscheidbar machen.

Für Mülheim sind das die Ruhr, die MüGa, die Weiße Flotte, die Museen, das Rathaus, der Wasserbahnhof, die Rennbahn, die Freilichtbühne....

Um all das zu erhalten und weiter zu entwickeln, um auch in Zukunft Mülheim als Heimat für seine Bürger und Bürgerinnen erhalten zu können, brauchen Politik und Verwaltung Gestaltungsspielräume und Gestaltungsmittel. Und hier schließt sich der Kreis.

Meine sehr geehrten Herren und Damen,
Ich verzichte auf die Floskel von 5 vor 12 oder 5 nach 12. Jeder hier im Raum weiß, dass wir mit dem Rücken zur Wand stehen. Wir in der Verwaltung haben unsere Hausaufgaben gemacht, sowohl bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs 2015 als auch bei der Konsolidierung mit dem Abbau von immerhin bereits 160 Stellen seit 2010.

Jetzt ist Politik am Zuge. Gehen Sie es an! Es ist Zeit zum Handeln!

